

## Analyse und Diskussion

# Primat der Unterwerfung

## Raubakkumulation und Krieg: Eine Tagung zur Analyse des Ukraine-Konflikts in Frankfurt am Main

Es gibt keinen neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen, denn: »Die NATO hat nie von ihrer russlandfeindlichen Politik Abstand genommen.« Das sagte der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner (Tübingen) am Sonnabend auf einer Konferenz in Frankfurt am Main zum Ukraine-Konflikt, zu der die örtliche DKP und die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal eingeladen hatten.

Wagner belegte seine These mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, dem Raketenabwehrschild, dem Beschluss zur NATO-Osterweiterung 2002, der Anzettelung einer »bunten Revolution« in Georgien 2003, der weitere in ehemals sowjetischen Ländern folgten. Wagner, der in seinem Referat vor allem das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine als ein weiteres Beispiel einer expansionistischen Strategie des Westens analysierte, fasste so die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges in der Ostukraine zusammen. Die rund 60 Zuhörer in Frankfurt hörten außerdem Vorträge zur Geschichte des Landes, zur Chronologie des Krieges, zur Entwicklung in Russland und zur Einordnung des Konflikts in den globalen Kontext.

Der Historiker Gert Meyer (Marburg) skizzierte die Kontroversen, die sich um den historischen Ursprung der Ukraine und ihre Geschichte entwickelt haben und gegenwärtig ideologisch hochgespielt werden. Richtig sei, dass der Zarismus im 19. Jahrhundert Kultur und Sprache der »Kleinrussen« unterdrückte, während die heutige Westukraine als Teil Österreichs und später Polens einem anderen Kulturkreis angehörte. Für die gegenwärtige Situation sei aber vor allem der beispiellose soziale Abstieg gerade in der Westukraine nach der Unabhängigkeit 1991 verantwortlich. Ursache seien Zwangsprivatisierung, die Transformation von Macht in Geld und die Herrschaft von etwa 20 Oligarchen – Meyer nannte es eine »Raubakkumulation«. Vor diesem Hintergrund sei der Nationalismus zu einem Machtfaktor geworden. Meyer verwies jedoch darauf, dass sich nicht nur im Osten des Landes Basisinitiativen zeigten, die sich dem Krieg entgegenstellten.

Die Verhältnisse in Russland erscheinen dagegen vergleichsweise konsolidiert. Der Publizist Willi Gerns (Bremen) analysierte, dass aber auch dort der größte Teil der Produktionsmittel im Besitz von Oligarchenclans sei – bei einem relativ großen Anteil des Staatssektors. In diesem sind 28,4 Prozent aller Beschäftigten tätig (im privaten 60 Prozent). Die politische Macht übe ein Konglomerat von Gruppen aus, die um die Ressourcen des Landes konkurrieren und eine langfristige Stabilisierung der Verhältnisse anstrebten. Eine russische Studie spreche von einem »Politbüro 2.0«, in dem Putin die Rolle eines Moderators und Schlichters ausübe. Russland habe so eine spezifische Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorgebracht.

Auf aktuelle Diskussionen eingehend, konstatierte Gerns: Die Merkmale der Leninschen Imperialismusdefinition sind weitgehend gegeben. Besonderheiten seien allerdings die historisch rasche Herausbildung von Monopolen, die untergeordnete Rolle in der Weltwirtschaft und die

fehlende Ambition, nach Weltherrschaft zu streben. Die Innenpolitik werde so vom Profitstreben der herrschenden Klasse und einer »Politik der harten Hand« bestimmt, in der Außenpolitik gebe es Symptome imperialistischen Verhaltens, z. B. Druck auf Belarus. Doch der Versuch, sich der Weltpolizistenrolle der USA durch Förderung einer multipolaren Ordnung entgegenzustellen, liege »objektiv im Interesse von Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt«, so Gerns.

Der *jW*-Korrespondent Reinhard Lauterbach (Nekielka) präsentierte eine Chronologie des Krieges in der Ostukraine seit den ersten Anti-Maidan-Bewegungen nach dem Staatsstreich in Kiew im Februar. Im Westen sei unbekannt, dass damals der »Auto-Maidan« (Lauterbach spricht von einer »Motor-SA«) Vorstöße in die Ostukraine unternommen habe, wobei es zu furchtbaren Misshandlungen von einfachen Bürgern gekommen sei. Nach Gebäudebesetzungen in Lugansk und Donezk im April sei die Putschistenregierung zu einer Gegenoffensive angetreten, die nach anfänglichen Erfolgen aber in einer Serie von Kesselschlachten Ende August gestoppt worden sei. Die Streitkräfte Kiews hätten enorme Verluste an Material und Menschen gehabt, es sei zu Auflösungserscheinungen gekommen, was schließlich zum Waffenstillstand geführt habe. Doch die Armee beschieße nach wie vor Wohnviertel.

Lauterbach unterschied im Kiewer Establishment eine Kriegs- und eine Friedenspartei, was bei letzterer heiße, dass aus ihrer Sicht der Krieg gegenwärtig nicht zu gewinnen sei (Poroschenko, Klitschko). Zur Kriegspartei zählte er faschistische und rechte Parteien wie Swoboda, Vaterland (Julia Timoschenko), faschistisch geleitete Bataillone, darunter vor allem das Bataillon »Donbass« und dessen Kommandeur Semjon Sementschenko. Dieser werde offenbar als Mann der USA aufgebaut.

Lauterbach sieht für die weitere Entwicklung drei Szenarien: Wiedereingliederung des Donbass in die Ukraine, Angliederung an Russland oder die seiner Ansicht nach erwartbarste Variante, ein »eingefrorener Konflikt« nach dem Vorbild Transnistriens, der aber für Russland sehr teuer würde.

Abschließend unternahm der Ökonom Lucas Zeise (Frankfurt am Main) den Versuch, den Gesamtkonflikt in die historische Situation einzuordnen. Damit löste er eine lebhafteste Diskussion aus. Aus seiner Sicht befindet sich die Welt »auf dem Weg zu einem bipolaren System«, das heißt hin zur Konfrontation zwischen den USA und China. Die Entwicklung sei nicht zwangsläufig, die Bedingungen seien aber vorhanden, die herrschende Klasse der USA richte sich darauf ein, und ihr Hauptinstrument sei der Krieg.

Die deutsche Bourgeoisie, die nach 1945 von Washington in der Bundesrepublik »reinstalliert« worden sei, ordne sich traditionell bei internationalen Konflikten den USA unter – wie auch jetzt. Die Formel vom »Primat der Politik« sei identisch mit dieser Unterwerfung. Zeise vertrat die Ansicht, die Friedensbewegung habe sich dieser Konstellation, der Dominanz der USA, nicht klar genug gestellt. Einwände gegen seine Thesen lauteten u. a.: China verfügt, anders als die Sowjetunion, über keine Organisation von verbündeten Staaten wie den Warschauer Pakt, und es sei selbst Teil der sich herausbildenden Multipolarität.

Einig waren sich die Referenten bei der Analyse des Ziels, das mit dem Krieg in der Ukraine verfolgt wird: Russland. Wagner zitierte dazu aus der Fachzeitschrift *Internationale Politik*, in der es Ende 2013 hieß: »Die Ukraine in den Westen zu holen ist nur ein erster Schritt zur Veränderung Russlands.«

## Authors

Arnold Schölzel

---

Source URL (modified on 13 Okt 2014 - 20:26): <https://www.jungewelt.de/feuilleton/primat-der->

unterwerfung